



Cloppenburg

Surfsee: Investor nennt weitere Details ▶ SEITE 10

Emstek

Kolping geht „on Tour“ zur grünen Insel ▶ SEITE 12



Lönigen

Schulreiten färbt teils eingerostete Sinne ▶ SEITE 17

GUTEN MORGEN

Bétonung

Mit der Betonung ist es so: Kommen Fremdwörter und Sprachen ins Spiel, wird es abenteuerlich. Wir denken an das englisch Wort advertisement, das wahlweise auf Silbe 1 oder 2 betont wird, keinesfalls aber wie hierzulande üblich auf Silbe 3. Oder Namen: Das Architekturbüro Herzog & de Meuron hat viele bekannte Gebäude entworfen. Dass man den Namen aber auf der letzten Silbe betont, war uns unbekannt, bis kürzlich ein belesener Verlagskollege den Namen nutzte – und wir nickten, als wenn wir die Aussprache natürlich schon kannten. Doch in der Politik gibt es noch eine ganz andere Herausforderung: das Wort haushalterisch, das Kenner haushaltérisch aussprechen. Warum? Um Aufklärung wird gebeten. (pe)

POLITIK

Unterstützung für Klingbeil

Berlin. In der Debatte über den Parteivorsitz der SPD hat sich die stellvertretende Parteivorsitzende Serpil Midyatli für den Generalsekretär Lars Klingbeil ausgesprochen. ▶ SEITE 2

BÖRSE AKTUELL

Stand: 18.30 Uhr (Vortag)	
DAX	15.959,98 + 5,53
Euro Stoxx	4.311,27 + 13,98
Dow Jones	35.926,18 - 109,54
Euro/USD	1,1581 + 0,0001

Ein Service der
Genossenschaftsbanken
im Landkreis Cloppenburg

WETTER

Tag: 8°
Nacht: 4°
▶ SEITE 14

KONTAKT

Abo-Service: Tel. 04441-9560400
Fax 04441-9560410
E-Mail: service@om-vertrieb.de
Redaktion: Tel. 04441-9560300
Fax 04441-9560310
E-Mail: redaktion@om-medien.de
Anzeigen: Tel. 04471-178-0
Fax 04471-17830
E-Mail: vermarktung@om-medien.de
www.om-online.de



Ärmere Staaten pochen auf Solidarität

In Glasgow mahnen Drittweltländer die Industrienationen, ihren Verpflichtungen stärker als bisher nachzukommen

VON FATIMA ABBAS
UND LARISSA SCHWEDES

Glasgow. Ohne finanzielle Zusagen kein wirksamer Klimaschutz: Diese Formel dürfte den Verhandlern im schottischen Glasgow bekannt sein. Das Geld ist auch bei der diesjährigen Weltklimakonferenz einer der Knackpunkte. Mit eindringlichen Appellen erinnerten die Vertreter ärmerer Staaten die Industrienationen am Mittwoch an ihre Finanzversprechen – und daran, was es für sie bedeutet, wenn nicht genug getan wird, um die Erderhitzung zu stoppen.

„Wir können nicht länger warten“, sagte Sonam Phuntsho Wangdi aus Bhutan als Sprecher einer Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder. „Wir haben am wenigsten zu dieser Klimakrise beigetragen.“ Die 46 Länder der Gruppe, in denen etwa eine Milliarde Menschen leben, seien für nur ein Prozent der globalen klimaschädlichen Emissionen verantwortlich. Zugleich litten sie tagtäglich unter dem Klimawandel. „Wir sind abhängig von den Entscheidungen, die hier getroffen werden.“

Der Vertreter der Entwicklungsländer äußerte sich enttäuscht darüber, dass die Indust-



Ewiges Eis, das schmilzt: Auch der Perito-Moreno-Gletscher in Argentinien gerät durch den globalen Temperaturanstieg in Gefahr. Foto: dpa/Pisarenko

riestaaten ihr im Pariser Klimaabkommen von 2015 bekräftigtes Versprechen, jedes Jahr 100 Milliarden US-Dollar zur Bewältigung der Klimakrise zur Verfügung zu stellen, erst mit Ver-

spätung erreichen. „Es ist zu wenig und zu spät“, sagte Wangdi. Eigentlich sollte die Summe seit 2020 in die stark betroffenen Länder fließen. Nun wird die angepeilte Summe voraus-

sichtlich 2023 erstmals erreicht. Das Treffen der Staats- und Regierungschefs brachte schon neue Verpflichtungen: Großbritannien, Spanien, Japan, Australien, Norwegen, Irland und Lu-

xemburg versprochen, ihre Klimafinanzierung aufzustocken. Wichtig zu wissen: Die Mittel aus dem Topf der Klimafinanzierung bestehen zu 70 Prozent etwa aus Krediten, nur 30 Prozent sind Zuschüsse.

Umweltverbände und die Entwicklungsländer selbst fordern von den Industriestaaten, noch stärker als bisher für die Verluste und Schäden aufzukommen, die der Klimawandel verursacht. Klimagerechtigkeit müsse im Mittelpunkt der Konferenz stehen, bekräftigte Harjeet Singh vom Climate Action Network, zu dem mehr als 1.500 Organisationen aus aller Welt gehören. „Die Menschen, die heute schon leiden, brauchen auch heute Unterstützung.“

In den globalen Bemühungen geht es auch darum, mehr private Finanzmittel zu mobilisieren. „Es ist eine Tatsache, dass wir den privaten Sektor brauchen, um diese große Transformation zu schaffen“, sagte UN-Klimachefin Patricia Espinosa. Die Finanzbranche setzte hier ein Zeichen: Mehr als 450 Finanzunternehmen aus 45 Ländern kündigten an, 130 Billionen Dollar an privatem Kapital mobilisieren zu wollen, um die Welt bis 2050 klimaneutral zu machen.

Corona-Lage im Landkreis Cloppenburg: Infektionen breiten sich aus

130 neue Ansteckungen/Betroffen sind alle Kommunen/7-Tage-Inzidenz steigt auf 245/Warnungen vom Robert Koch-Institut

Landkreis Cloppenburg/Berlin (mab/dpa). Die Infektionskurve im Landkreis Cloppenburg nähert sich in großen Schritten immer mehr dem Niveau der dritten Welle im vergangenen Frühjahr. Dem Cloppenburg Ge-

sundheitsamt lagen am Mittwoch 130 Neuinfektionen binnen 24 Stunden vor. Demgegenüber standen 60 Genesene. Dadurch steigt die Zahl der aktiven und nachgewiesenen Infektionen ein weiteres Mal deut-

lich – auf jetzt 894 (Vortag: 824). Ein ähnlich hoher Wert ist zuletzt Anfang Mai gemeldet worden. Die 130 neuen Fälle werden aus allen Kommunen gemeldet. Die 7-Tage-Inzidenz lag am Mittwoch bei 245,0 – der höch-

ste Wert in ganz Niedersachsen. Unterdessen mahnte der Präsident des Robert Koch-Instituts, Lothar Wieler, am Mittwoch vor einer weiteren Verschärfung der Situation. „Wenn wir jetzt nicht gegensteuern, wird diese vierte Welle wieder viel Leid bringen“. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) mahnte zu erhöhter Vorsicht und warb dringend für mehr Impfungen – auch als Auffrischung bei Älteren.

Viele sehen Mängel bei der Polizei

Auch zehn Jahre nach NSU-Enttarnung sind noch Fragen offen

Berlin (dpa). Nach Ansicht der Menschenrechtsorganisation Amnesty International hat die Polizei keine ausreichenden Konsequenzen aus der rassistischen Mordserie der rechtsextremen Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ gezogen. „Die Polizei hat nicht genug aus dem NSU-Komplex gelernt, für die nächste Bundesregierung besteht weiter viel Handlungsbedarf“, erklärte die Organisation am Mittwoch in Berlin. Vor zehn Jahren, am 4. November 2011, war das rechtsextreme Terrornetzwerk, das eine rassistische Mordserie, Sprengstoffanschläge und Raubüberfälle verübte, aufgefliegen.

Im Bundestagswahlkampf habe das Thema Sicherheit vor rassistischer, antisemitischer und rechtsextremistischer Gewalt keine wirkliche Rolle gespielt, so als hätte es den NSU und die Anschläge von Halle und Hanau nicht gegeben, kritisierte Markus Beeko, Generalsekretär von Amnesty International in Deutschland. „Wir erwarten, dass die neue Bundesregierung mit Entschlossenheit den Auftrag angeht, sich für eine Polizei einzusetzen, die alle Menschen in Deutschland vor menschenfeindlicher Gewalt schützt.“ Die Organisation fordert unter anderem unabhängige Untersuchungsmechanismen mit ausreichenden Ermittlungskompe-

tenzen bei der Polizei sowie verpflichtende Antirassismustrainings für Polizisten.

Aus Sicht des FDP-Innenpolitikers Benjamin Strasser ist die reale Bedrohung durch rechten Terror noch immer hoch. Das zeigten etwa die Anschläge von Halle und Hanau und das Auffliegen weiterer rechtsterroristischer Gruppen seit 2011. Die Lehren aus diesen Taten seien aber nur in Teilen gezogen worden.

Der Türkische Bund Berlin-Brandenburg (TBB) machte deutlich, dass das Vertrauen – insbesondere der migrantischen Gemeinden – in die Ermittlungsbehörden noch immer tief erschüttert sei.

Marc O'Polo
EST. IN STOCKHOLM
EYEWEAR

Hauptstraße 19 • 49681 Garrel
Telefon 04474 - 279
www.otto-behrens.de
Optik · Hörgeräte · Schmuck · Uhren